



*Satzung*¹

Heraldic Institute

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

(1) Der Verein führt den Namen *Heraldic Institute*. Der Verein soll mit diesem Namen ins Vereinsregister eingetragen werden und nach Eintragung den Namenszusatz „eingetragener Verein“ beziehungsweise e.V. führen.

(2) Der Sitz des Vereins ist 79206 Breisach am Rhein.

(3) Das erste Geschäftsjahr beginnt an dem Tag der Eintragung und endet am darauffolgenden 31.12. Danach ist das Geschäftsjahr das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck

(1) Der Zweck des Vereins ist die Förderung von Kunst und Kultur durch die Pflege der Heraldik.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:

Öffentlichkeitsarbeit, wissenschaftliche Tätigkeit und Unterstützung von Personen und Gruppen

(2) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabeordnung. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(3) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke oder Entzug der Rechtsfähigkeit fällt das Vermögen des Vereins an den Verein HEROLD, Archivstraße 12-14, 14195 Berlin-Dahlem.

Der Empfänger:in hat es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden.

§ 3 Beitritt

(1) Der Vorstand beschließt mit relativer Mehrheit über einen Aufnahmeantrag. Im Fall der Annahme wird diese mit Bekanntgabe an die beantragende Person wirksam.

(2) Die Ablehnung eines Aufnahmeantrages bedarf keiner Begründung.

(3) Im Falle der Ablehnung eines Antrags kann eine Entscheidung der nächsten Mitgliederversammlung durch die betroffene Person verlangt werden.

(4) Volljährige natürliche Personen sowie juristische Personen dürfen dem Verein beitreten. Minderjährige dürfen nur mit Erlaubnis des Erziehungsberechtigten dem Verein beitreten,

¹ An English version of this document can be found from page 6.

§ 4 Ausschluss

(1) Einen Antrag auf Ausschluss eines Vereinsmitglieds kann jedes Mitglied des Vereins oder ein Vorstandsmitglied beim Vorstand stellen. Dem Betroffenen, gegen den sich der Ausschlussantrag richtet, ist Gelegenheit zur Stellungnahme gegenüber dem Vorstand zu geben. Gründe für einen Ausschluss sind unter anderem

- die fortgesetzte Nichtzahlung von Beiträgen,
- der fortgesetzte oder gravierende Verstoß gegen Vereinspflichten, insbesondere die Vereinsatzung sowie Beschlüsse der Mitgliederversammlung oder des Vorstands,
- vereinschädigendes Verhalten,
- vorsätzliche Straftaten zu Lasten des Vereins oder Vereinsmitgliedern im Rahmen des Vereinslebens,
- oder ähnlich schwerwiegende Gründe.

(2) Der Vorstand soll prüfen, ob eine Abmahnung oder eine sonstige Sanktion beziehungsweise Regelung ausreichend erscheint. Andernfalls kann der Vorstand einen Ausschluss einmütig beschließen.

(3) Im Falle der Ablehnung eines Antrags auf Ausschluss können die Mehrheit des Vorstands oder 10 Prozent der Mitglieder eine Abstimmung der Mitgliederversammlung verlangen. Die Mitgliederversammlung kann mit einer Mehrheit von Dreiviertel der abgegebenen Stimmen einen Ausschluss beschließen.

(4) Der Ausschluss wird durch Bekanntgabe an die ausgeschlossene Person wirksam. Überzahlte Mitgliedsbeiträge sind zu erstatten. Im Übrigen gelten bei einem Vereinsausschluss die Rechtsfolgen wie bei einer Kündigung.

§ 5 Kündigung, Austritt

(1) Die Kündigung eines Mitglieds muss schriftlich oder in Textform gegenüber einem Vorstandsmitglied erklärt werden.

(2) Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum 31.12. des Kalenderjahrs.

(3) Vor Austritt entstandene Mitgliedsbeiträge sind zu zahlen.

§ 6 Mitgliedsbeitrag und Beitrittsgebühr

(1) Der Vorstand kann mit einfacher Mehrheit über die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen und Beitrittsgebühren entscheiden. Näheres regelt die Vereinsordnung.

§ 7 Organe

(1) Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§ 8 Mitgliederversammlung

(1) Mindestens einmal im Kalenderjahr ist vom Vorstand eine ordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Die Einladung erfolgt per E-Mail an die letzte bekannte E-Mail-Adresse des Mitglieds.

Aus diesem Grund wird die E-Mail-Adresse der Mitglieder erhoben und gespeichert. Eine Einladung per Post in Textform erfolgt nur, wenn das Mitglied keine E-Mail-Adresse benennen kann. Die Einladungsfrist beträgt zwei Wochen. Der Einladung ist eine Tagesordnung beizufügen.

- (2) Ein rechtzeitig vor Ablauf der Einladungsfrist eingehender Antrag eines Mitglieds ist in die Tagesordnung aufzunehmen.
- (3) Der Vorstand hat eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe beantragt.
- (4) Sitzungsleitung und Hausrecht auf der Mitgliederversammlung obliegen dem Vorstand. Der Vorstand kann die Sitzungsleitung delegieren.
- (5) Die Mitgliederversammlung wählt alle fünf Jahre ein Mitglied zum Kassenprüfer.
- (6) Die Mitgliederversammlung ist grundsätzlich nicht-öffentlich. Der Vorstand kann die Teilnahme externer Personen insgesamt erlauben.
- (7) Die Mitgliederversammlung kann jede Entscheidung des Vorstands nach Abs. 6 mit einer Zweidrittelmehrheit ändern.
- (8) Auf der Mitgliederversammlung muss der Vorstand über das abgelaufene Geschäftsjahr und die Zeit danach bis zur Mitgliederversammlung berichten. Der Vorstand sollte einen schriftlichen Tätigkeitsbericht vorlegen.
- (9) Der Vorstand bzw., im Falle einer Wahl auf der Mitgliederversammlung, der neue Vorstand soll einen Ausblick auf die geplanten Aktivitäten des Vereins geben.
- (10) Protokoll über die Mitgliederversammlung verfasst ein durch einfache Mehrheit gewähltes Mitglied des Verein.

§ 9 Vorstand

- (1) Dem Vorstand des Vereins obliegen die Vertretung des Vereins nach § 26 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) und die Führung seiner Geschäfte.
- (2) Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden und mindestens einem, höchstens vier Vertretern.
- (3) Die Vertretern können ausgewiesene Rollen innerhalb des Vereins erfüllen wie z.B. Kassenwart, Schriftführer etc. Näheres bestimmt die Vereinsordnung.
- (4) Alle Mitglieder des Vorstands vertreten den Verein allein. Rechtsgeschäfte, die zu einer Verpflichtung des Vereins über 500 Euro führen, bedürfen der Vertretung durch zwei Vorstandsmitglieder.
- (5) Die Mitglieder des Vorstands werden einzeln, in geheimer Wahl und mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen von der Mitgliederversammlung gewählt.
- (6) Mitglieder des Vorstands können nur Mitglieder des Vereins sein; mit der Mitgliedschaft im Verein endet auch die Mitgliedschaft im Vorstand. Alle Mitglieder des Vorstands müssen voll geschäftsfähig sein.
- (7) Die Amtszeit für Mitglieder des Vorstands ist fünf Jahre. Die Wiederwahl aller Mitglieder des Vorstands ist zulässig.
- (8) Der Rücktritt eines Vorstands ist schriftlich gegenüber einem anderen Vorstandsmitglied zu erklären.

(9) Die Vorstandstätigkeit endet mit Zugang einer entsprechenden Erklärung nach Abs. 8, dem Verlust der Geschäftsfähigkeit oder dem Tod.

(10) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus dem Vorstand aus, so sind die verbleibenden Mitglieder des Vorstands berechtigt, ein Mitglied des Vereins bis zur Wahl des Nachfolgers durch die Mitgliederversammlung in den Vorstand zu wählen, wenn andernfalls die Mindestzahl der Vorstandsmitglieder unterschritten würde.

(11) Scheidet der Vorsitzende aus, so wählt der verbliebene Vorstand aus seiner Mitte einen neuen Vorsitzenden für den Rest der Legislaturperiode. Dies kann auch ein nach Abs. 10 nachgerücktes Vorstandsmitglied sein.

(12) Der Widerruf der Berufung zum Vorstand (auch die Abberufung oder Abwahl) durch die Mitgliederversammlung ist nur aus wichtigem Grund im Sinne des § 27 Absatz 2 BGB möglich.

(13) Alle Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Auslagenersatz gemäß § 670 BGB.

(14) Die Mitglieder des Vorstands können für ihren Arbeits- oder Zeitaufwand pauschale Vergütungen (Ehrenamtszuschale) erhalten. Der Umfang der Vergütungen darf nicht unangemessen hoch sein. Maßstab der Angemessenheit ist die gemeinnützige Zielsetzung des Vereins.

§ 10 Beitreibungspflicht

(1) Der Vorstand kann aus sozialen, finanziellen oder sonstigen Gründen mit einfacher Mehrheit beschließen, von der Beitreibung fälliger Mitgliedsbeiträge abzusehen. Der Vorstand ist in diesem Fall verpflichtet, auf der folgenden Mitgliederversammlung über die Höhe des Verzichts und die Gründe zu berichten.

(2) Die Mitgliederversammlung kann auf Antrag eines Mitglieds aus sozialen, finanziellen oder sonstigen Gründen mit einfacher Mehrheit beschließen, ein Mitglied befristet oder dauerhaft von der Entrichtung eines Mitgliedsbeitrags zu befreien. Auf gleiche Weise kann eine Befreiung für die Zukunft aufgehoben werden.

§ 11 Stimmrecht, Wahlen, Abstimmungen, Beschlussfähigkeit

(1) Jedes Mitglied hat eine Stimme bei allen Wahlen und Abstimmungen im Verein. Bei Geschäftsunfähigen wird das Stimmrecht durch den gesetzlichen Vertreter ausgeübt.

(2) Das Stimmrecht auf der Mitgliederversammlung kann auf ein anderes Mitglied übertragen werden. Eine entsprechende schriftliche Erklärung muss vor Sitzungsbeginn dem Vorstand vorliegen. Kein Mitglied kann mehr als fünf Stimmrechte ausüben.

(3) Alle Wahlen und Abstimmungen sind nicht geheim. Die Mehrheit der anwesenden Mitglieder kann bestimmen, dass eine Wahl oder Abstimmung geheim zu erfolgen hat.

(4) Eine ordnungsgemäß eingeladene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder immer beschlussfähig.

§ 12 Haftung und Auslagenersatz

(1) Personen, die mit Zustimmung des Vereins für diesen tätig sind, haften dabei für dem Verein zugefügte Schäden nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

(2) Personen, die mit Zustimmung des Vereins für diesen tätig sind, sind von der Haftung, die dabei gegenüber Dritten entsteht, freizustellen; es sei denn, sie haben den Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht.

(3) Abs. 1 und Abs. 2 gelten auch für den Vorstand.

(4) Personen, die im Auftrag oder mit Zustimmung des Vorstandes für den Verein tätig werden, haben einen Anspruch auf Ersatz notwendiger Kosten im Sinne des § 670 BGB.

§ 13 Vereinsordnung

(1) Teile des Vereinslebens werden durch eine Vereinsordnung festgelegt.

(2) Die Vereinsordnung wird durch einfachen Vorstandsbeschluss festgelegt.

(3) Die Vereinsordnung darf die Vereinssatzung in keiner Weise widersprechen

§ 14 Ermächtigung

(1) Satzungsänderungen, die auf Anordnung des Finanzamtes oder des Registergerichtes durchzuführen sind und die den Gehalt der Satzung nicht ändern, können vom Vorstand mit einfacher Mehrheit beschlossen werden.

(2) Diese Änderungen sind den Mitgliedern in der nächsten Mitgliederversammlung zur Kenntnis zu bringen.

Angenommen zu Wippertskirch, bei Opfingen bei Freiburg am 25. Oktober 2024

Herr Dr John F. Müller

Herr Wilhelm Horwood

Herr Michael Borth

Herr Timothy Mueller-Williams

Frau Mona Mueller-Williams

Frau Dr Elizabeth Mylarch

Herr Christopher Mueller-Williams

Herr Oliver Mueller-Williams

Frau Gisela Siegmann

Herr David Müller

Herr Oberleutnant Michael Baur



Articles of Association²

Heraldic Institute

§ 1 Name, registered office and financial year

(1) The association shall bear the name *Heraldic Institute*. The Institute shall be entered with this name in the register of associations and after registration shall bear the name affix "eingetragener Verein" or e.V. (association entered at the court of registers).

(2) The registered office of the Institute is 79206 Breisach am Rhein.

(3) The first financial year begins on the day of registration and ends on the following 31 December. Thereafter, the financial year is the calendar year.

§ 2 Purpose

(1) The purpose of the Institute is the promotion of art and culture through the cultivation of heraldry. The purpose of the Articles of Association is realised in particular through Public relations, research activities and support for individuals and groups

(2) The Institute pursues exclusively and directly charitable purposes within the meaning of the section "Tax-privileged purposes" of the German Tax Code. The Institute is selflessly active; it does not primarily pursue its own economic purposes. The Institute's funds may only be used for the purposes set out in the Articles of Association. Members shall not receive any benefits from the Institute's funds. No person may be favoured by expenditure that are alien to the purpose of the Institute or by disproportionately high remuneration.

(3) In the event of the dissolution of the Institute or the discontinuation of tax-privileged purposes or the withdrawal of legal capacity, the assets of the Institute shall be transferred to the HEROLD e.V., Archivstraße 12-14, 14195 Berlin-Dahlem.

The recipient must use it directly and exclusively for charitable, benevolent or ecclesiastical purposes.

§ 3 Accession

(1) The Executive Board shall decide on an application for membership by relative majority. In the event of acceptance, this becomes effective upon notification to the applicant.

(2) The rejection of an application for admission does not require any justification.

(3) If an application is rejected, the person concerned may request a decision by the next General Meeting.

(4) Natural persons of legal age and legal entities may join the Institute. Minors may only join the Institute with the permission of their legal guardian,

²This English-language version is for information only. The Articles of Association in the German language are those relevant legally.

§ 4 Exclusion

(1) Any member of the Institute or a member of the Executive Board may submit an application for the expulsion of a member of the Institute to the Executive Board. The person against whom the application for expulsion is directed must be given the opportunity to make a statement to the Executive Board. Reasons for expulsion include

- the continued non-payment of contributions,
- the continued or serious violation of Institute obligations, in particular the Institute's articles of association and resolutions of the general meeting or the executive board,
- behaviour detrimental to the Institute,
- Intentional criminal offences to the detriment of the Institute or members of the Institute in the context of Institute life,
- or similarly serious reasons.

(2) The Executive Board shall examine whether a warning or other sanction or regulation appears sufficient. Otherwise, the Executive Board may unanimously decide to exclude a member.

(3) If an application for exclusion is rejected, the majority of the Executive Board or 10 per cent of the members may demand a vote by the General Assembly. The General Meeting can decide on an exclusion with a majority of three quarters of the votes cast.

(4) The exclusion shall take effect upon notification to the excluded person. Overpaid membership fees must be refunded. In all other respects, the legal consequences of exclusion from the Institute are the same as for cancellation.

§ 5 Termination, resignation

(1) The cancellation of a member must be declared in writing or in text form to a member of the Executive Board.

(2) The notice period is six weeks before 31 December of the calendar year.

(3) Membership fees incurred prior to resignation must be paid.

§ 6 Membership fee and joining fee

(1) The Executive Board may decide by simple majority on the levying of membership fees and joining fees. Further details are regulated by the Institute's rules.

§ 7 Bodies

(1) The bodies of the Institute are the General Meeting and the Executive Board.

§ 8 General Meeting

(1) An ordinary general meeting shall be convened by the Executive Board at least once per calendar year. The invitation shall be sent by e-mail to the member's last known e-mail address. For this reason, members' e-mail addresses are collected and stored. An invitation by post is only sent if the member is

unable to provide an e-mail address. The invitation period is two weeks. The invitation must be accompanied by an agenda.

(2) A request from a member received in good time before the end of the invitation period shall be included in the agenda.

(3) The Executive Board shall convene an extraordinary General Meeting if the interests of the Institute so require or if at least one tenth of the members so request in writing, stating the purpose and reasons.

(4) The Executive Board is responsible for chairing the General Meeting. Rules for the meeting are enforced by the Executive Board. The Executive Board may delegate the chairing of the meeting.

(5) The General Meeting elects a member as auditor every five years.

(6) The General Meeting is generally not open to the public. The Board of Directors may authorise the participation of external persons.

(7) The General Meeting may amend any decision of the Board of Directors pursuant to para. 6 by a two-thirds majority.

(8) At the General Meeting, the Board of Directors must report on the past financial year and the period thereafter up to the General Meeting. The Executive Board should submit a written activity report.

(9) The Executive Board or, in the event of an election at the General Meeting, the new Executive Board shall provide an outlook on the planned activities of the Institute.

(10) Minutes of the General Meeting shall be drawn up by a member of the Institute elected by a simple majority.

§ 9 Executive Board

(1) The Executive Board of the Institute is responsible for representing the Institute in accordance with Section 26 of the German Civil Code (BGB) and for managing its business.

(2) The Executive Board shall consist of a Chairman and at least one and at most four representatives.

(3) The representatives can fulfil designated roles within the Institute, e.g. treasurer, secretary, etc. Further details are set out in the association's rules.

(4) All members of the Executive Board represent the Institute alone. Legal transactions that lead to an obligation of the Institute in excess of EUR 500 require representation by two members of the Executive Board.

(5) The members of the Executive Board are elected individually by the General Meeting by secret ballot and by a majority of the votes cast.

(6) Only members of the Institute may be members of the Executive Board; membership of the Executive Board ends with membership of the Institute. All members of the Executive Board must have full legal capacity.

(7) The term of office for members of the Executive Board is five years. All members of the Executive Board may be re-elected.

(8) The resignation of a member of the Executive Board must be declared in writing to another member of the Executive Board.

- (9) The Executive Board's member's activity ends upon receipt of a corresponding declaration in accordance with para. 8, the loss of legal capacity or death.
- (10) If a member leaves the Executive Board prematurely, the remaining members of the Executive Board are authorised to elect a member of the Institute to the Executive Board until the election of a successor by the General Meeting if the minimum number of Executive Board members would otherwise not be reached.
- (11) If the Chairman resigns, the remaining Executive Board shall elect a new Chairman from among its members for the remainder of the term of office. This may also be a member of the Executive Board who has moved up in accordance with para. 10.
- (12) The revocation of an appointment to the Executive Board (including dismissal or deselection) by the General Meeting is only possible for good cause within the meaning of Section 27 (2) BGB.
- (13) All members of the Executive Board are entitled to reimbursement of expenses in accordance with Section 670 BGB.
- (14) The members of the Executive Board may receive lump-sum remuneration (honorary allowance/honorarium) for their work or time spent. The amount of remuneration may not be unreasonably high. The measure of appropriateness is the non-profit objective of the Institute.

§ 10 Recovery obligation

- (1) For social, financial or other reasons, the Executive Board may decide by simple majority to waive the collection of due membership fees. In this case, the Executive Board is obliged to report on the amount of the waiver and the reasons at the following General Meeting.
- (2) At the request of a member for social, financial or other reasons, the General Meeting may decide by simple majority to exempt a member from paying a membership fee either temporarily or permanently. An exemption can be cancelled for the future in the same way.

§ 11 Voting rights, elections, voting, quorum

- (1) Each member has one vote in all elections and votes in the Institute. In the case of legally incompetent members, the right to vote is exercised by the legal representative.
- (2) The right to vote at the General Meeting may be transferred to another member. A written declaration to this effect must be submitted to the Executive Board before the start of the meeting. No member may exercise more than five voting rights.
- (3) All elections and votes are not secret. The majority of the members present may determine that an election or vote must be held by secret ballot.
- (4) A properly convened General Meeting always constitutes a quorum regardless of the number of members present.

§ 12 Liability and reimbursement of expenses

- (1) Persons who work for the Institute with its consent shall only be liable for damage caused to the Institute in the event of intent or gross negligence.
- (2) Persons who work for the Institute with its consent shall be indemnified against any liability arising towards third parties, unless they have caused the damage intentionally or through gross negligence.

(3) Paragraphs 1 and 2 also apply to the Executive Board.

(4) Persons who work for the Institute on behalf of or with the consent of the Executive Board are entitled to reimbursement of necessary costs within the meaning of Section 670 BGB.

§ 13 Rules of the Institute

(1) Parts of the life of the Institute are determined by Institute rules.

(2) The Rules of the Institute are determined by a simple resolution of the Board of Directors.

(3) The Institute rules may not contradict the Articles of Association in any way

§ 14 Authorisation

(1) Amendments to the Articles of Association that are to be made by order of the tax office or the registry court and that do not change the content of the Articles of Association can be decided by the Executive Board with a simple majority.

(2) These changes must be brought to the attention of the members at the next general meeting.

Adopted at Wippertskirch, near Opfingen near Freiburg on 25 October 2024

Dr John F. Müller

Mr Wilhelm Horwood

Mr Michael Borth

Mr Timothy Mueller-Williams

Mrs Mona Mueller-Williams

Dr Elizabeth Mylarch

Mr Christopher Mueller-Williams

Mr Oliver Mueller-Williams

Mrs Gisela Siegmann

Mr David Müller

Lieutenant Michael Baur